Karl Otto Scherner

Formen der Konfliktlösung im Handels- und Seerecht in Nürnberg, Hamburg und Leipzig zwischen 1500 und 1800

I

Mein Beitrag zum Gesamtthema befasst sich mit der Frage, ob und inwieweit im frühneuzeitlichen Deutschland, also etwa zwischen 1500 und 1800, für kaufmännische Streitigkeiten eine besondere Gerichtsbarkeit vorhanden war, sowie, ob die Behandlung kaufmännischer Streitigkeiten vor ordentlichen Zivilgerichten besonderen Regeln folgte, oder ob es auch andere Wege der Konfliktlösung gab. Eine Zäsur gegenüber den mittelalterlichen Verhältnissen ergibt sich – jedenfalls für den deutschen Teil des Alten Reichs – allein schon daraus, dass hier die spätestens im 15. Jh. einsetzenden Reformen der Organisation des Gemeinwesens auch für die Gerichtsbarkeit als eine seiner Säulen nicht ohne Folgen blieben. Wegen weitgehender gesetzgeberischer Abstinenz des Reichs auf diesem Gebiet waren Schauplatz der Reformen die Territorien und die Reichsstädte. Neben den bisherigen Lösungen drängte nun vermehrt das als „Kaiserrecht“ rezipierte römische Recht, hier in der Gestalt des römisch-kanonischen, im Mittelalter entwickelten Prozesses in den Vordergrund, der grundsätzlich von drei Instanzen ausging und so auch die Gerichtsverfassung prägte. Bei diesem Entwicklungsprozess kamen als Akteure neben den Kaufleuten als den unmittelbar Betroffenen und der politischen Führung auf der anderen Seite die am römischen Recht geschulten Juristen hinzu.

Meine Betrachtung, die sich auf die wichtigsten Punkte beschränken muss, beginnt mit der Skizzierung der Sicht des Problems einer besonderen Handelsgerichtsbarkeit durch einen zeitgenössischen Autor. Anschließend wird die Entwicklung in drei der damals bedeutendsten deutschen Handelsplätze auf der Grundlage des bisherigen, teilweise unbefriedigenden Forschungsstandes dargestellt¹. Hierbei steht die Reichsstadt Nürnberg im Mittelpunkt, von der man sagt, sie sei „die Wiege des deutschen Typs des Handelsgerichts“ in Gestalt der späteren

¹ Bezeichnend ist, dass die Arbeit von *Wilhelm Silberschmidt*, *Die Entstehung des deutschen Handelsgerichts*. Nach archivalischen Quellen dargestellt (Leipzig 1894) (im Folgenden zitiert: *Silberschmidt*, *Entstehung*), trotz ihres Alters bis heute unverzichtbar ist.

Kammern für Handelssachen am Landgericht, in denen abweichend von ausländischen Vorbildern, wie der italienischen Konsulargerichtsbarkeit, neben Laienrichtern auch gelehrte Richter urteilen². Dabei gehe ich jeweils auf Parallelen oder Abweichungen in der ebenfalls reichsfreien Stadt Hamburg, dem wichtigsten Seehandelsplatz, und schließlich noch auf die Verhältnisse in der kursächsischen Messestadt Leipzig ein. Das sich daraus ergebende Bild enthält zwangsläufig nicht die ganze Palette der einschlägigen Institutionen wie die genossenschaftlichen Gerichte des Hansgrafen³ und Wettgerichte⁴ oder städtische Gastgerichte⁵, die in das Mittelalter hineinreichen und die sich in der Regel an weniger bedeutenden Plätzen erhalten haben. Auch die für die frühe Neuzeit wichtigen Wechselgerichte⁶ können hier nicht behandelt werden. Die Darstellung bricht mit der Französischen Revolution, genauer dem Ende des Alten Reichs, ab.

Der auf dem Gebiet des Handelsrechts bedeutendste deutsche Jurist der frühen Neuzeit, der Lübecker Bürgermeister Johannes Marquard (1610–1668), hat sich in seinem 1662 erschienenen, in ganz Europa beachteten monumentalen „*Tractatus politico-iuridicus de iure mercatorum et commerciorum singulari*“ auch mit unserem Thema befasst⁷. Er beginnt, die mittelalterliche Konsulargerichtsbarkeit im Blick, mit der Feststellung, dass die Kaufmannskollegien wie auch andere Berufszusammenschlüsse nicht nur ihre Statuten und Gewohnheiten (*consuetudines*) begründen, sondern sich auch ihre Richter wählen können, dass dies freilich keine

² *Hans Liermann*, Nürnberg als Mittelpunkt deutschen Rechtslebens, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 2 (1936) 9.

³ *Adalbert Erler*, Art. Hansegraf, in: HRG I (Berlin 1971) 2002f.; *Carl Koehne*, Das Hansgrafenamt. Ein Beitrag zur Geschichte der Kaufmannsgenossenschaft und Behördenorganisation (Berlin 1893); *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 27 ff.; *Paul Rehme*, Geschichte des Handelsrechts, in: *Handbuch des gesamten Handelsrechts* 1 (Leipzig 1913) 28–259, 136, 142 Anm. 25 (im Folgenden zitiert: *Rehme*, Geschichte).

⁴ Ein Beispiel bei *Otto Frommer*, Anfänge und Entwicklung der Handelsgerichtsbarkeit in der Stadt Königsberg in Preußen (Breslau 1891); *Siegbert Lammell*, Die Gesetzgebung des Handelsrechts, in: *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte*, herausgegeben von *Helmut Coing*, Bd. 2, Tbd. 2 (München 1976) 571–1012, 693 ff. (im Folgenden zitiert: *Lammell*, Gesetzgebung).

⁵ *Gerhard Köbler*, Art. Gast, -recht, -gericht, in: *LexMA* IV, 1130f.; *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 31 ff.; *Rehme*, Geschichte (Fn. 3) 151; *Alfred Schultze*, Über Gästerecht und Gastgerichte in den deutschen Städten des Mittelalters, in: *HZ* 101 (1908) 423–528, 503 ff.

⁶ Zur Gesetzgebung *Lammell*, Gesetzgebung (Fn. 4), zur Literatur *Karl Otto Scherner*, Wissenschaft des Handelsrechts, in: *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren Privatrechtsgeschichte*, herausgegeben von *Helmut Coing*, Bd. 2, Tbd. 1 (München 1977) 797–997, 959, 969 f. (im Folgenden zitiert: *Schermer*, Wissenschaft).

⁷ *Marquard, Johann*, *Tractatus politico-iuridicus de Jure Mercatorum et Commerciorum singulari* [...] (Francofurti 1662) (im Folgenden zitiert: *Marquard*, *Tractatus*). Zu Marquard und diesem Werk zuletzt *Karl Otto Scherner*, Zum Sonderrecht der Kaufleute bei Johann Marquard, in: *Usus Modernus pandectarum. Römisches Recht, Deutsches Recht und Naturrecht in der Frühen Neuzeit*. Klaus Luig zum 70. Geburtstag, herausgegeben von *Hans-Peter Haferkamp*, *Tilman Reppen* (Köln, Weimar, Wien 2007) 199–217. Marquards Stellungnahmen befinden sich im 1. Band, 3. Buch, 6. Kapitel: „De Iudiciis et Consulibus Mercatorum, eorumque Electione, Jurisdictione, Officio, Salario, et Remotione“ (zit. 1, 3, 6) sowie im 7. Kapitel: „De Processu seu Iudicio Mercatorum summario“ (zit. 1, 3, 7).

Exemption von der *iurisdictio ordinaria* bedeute. An Beispielen zeigt er, dass es hier unterschiedliche Formen der Koexistenz gab und knüpft dabei an den schon von den Legisten geführten Meinungsstreit in dieser Frage an. Tenor ist freilich, dass es ganz von der Obrigkeit abhängt, wie stark die Stellung der Konsulargerichtsbarkeit, also ihr Kompetenzbereich ist – eine eindeutig absolutistische Position⁸. In dem anschließenden ausführlichen Überblick vor allem über die damaligen in Süd- und Westeuropa vorhandenen, von Marquard im weitesten Sinne der kaufmännischen Gerichtsbarkeit zugerechneten Einrichtungen⁹ erwähnt er neben den italienischen und spanischen Konsulargerichten u.U. einschlägige Edikte der französischen Könige, auch das 1560 begründete kaufmännische Schiedsgericht in Paris¹⁰. Angeführt werden auch die im 17. Jh. in Antwerpen begründete Börse mit ihren Rechtsprechungsbefugnissen¹¹, die Gerichtsprivilegien englischer Kaufleute in Hamburg¹² und ebensolche von Hansekaufleuten etwa in Spanien¹³, also die ganze Palette, auch jüngste deutsche Einrichtungen und Traditionen, auf die noch einzugehen ist. So sehr das alles als Rechtswirklichkeit dargestellt und so wenig deren Legitimation angezweifelt wird, so selbstverständlich werden die anschließend aufgelisteten Amtspflichten der *Consules* den gemeinrechtlichen Vorstellungen über Rechtsanwendung und Prozessführung unterworfen¹⁴. Hierzu gehört zunächst der spätestens seit Baldus unbestrittene Satz, dass in kaufmännischen Streitigkeiten die *aequitas* Vorrang hat, und es deswegen in der *Curia mercatorum* unzulässig ist, *de apicibus iuris disputare*. Allerdings müsse sich die *mera aequitas* am Recht orientieren und dürfe ihm nicht widersprechen. Unerlaubt sei die im eigenen Kopf produzierte, sozusagen selbstgemachte Gerechtigkeit. Vor allem dürfe nicht gegen geschriebene Rechte verstoßen werden¹⁵. Zweitens: Die richterlichen Regeln und Tugenden, die sich auf das Verfahren beziehen, etwa was die Anhörung der streitenden Parteien angeht, sind einzuhalten¹⁶. Ihren Entscheidungen müssen sie, drittens, die *mores* und *consuetudines* der Kaufleute zu Grunde legen, so wie jeder Richter, der das Gewohnheitsrecht und die Statuten beachten muss¹⁷. Weil die *Consules* ihre *consuetudines* besonders gut kannten, würden an einigen Handelsplätzen auch *Pareres* verfasst, auf Anfrage erteilte kaufmännische Gutachten¹⁸. Marquard stützt sich bei alledem nicht nur auf Stel-

⁸ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 1 ff., 10 ff.

⁹ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 16 ff.

¹⁰ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 27.

¹¹ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 28.

¹² Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 30.

¹³ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n 32.

¹⁴ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6 n.

¹⁵ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 48 ff.

¹⁶ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 50.

¹⁷ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 51 ff.

¹⁸ Zur zeitgenössischen Diskussion über die Rechtsnatur solcher Gutachten vgl. Eva-Christine Frentz, Kaufmännische Gutachten – Parere – im Hamburgischen Seeprozess, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR) 10 (1988) 151–178, 153 ff. (im Folgenden zitiert: Frentz, ZNR 1988).

len aus den *Corpora iuris civilis* und *canonici*, sondern neben Legisten auch auf jüngere Vertreter des *Mos italicus*, auf den Niederländer Peter Wesenbeck, den deutschen Kameralisten Andreas Gail und den Genueser Sigismondo Scaccia. Es sei wünschenswert, wenn an jedem Handelsplatz ein solches Gericht (*magistratus et consules*) geschaffen würde. Da aber, so fährt Marquard fort, solche sehr selten seien, vor allem in Deutschland, müssten die Kaufleute die ordentlichen Gerichte anrufen¹⁹. Viertens, und das ist das Fazit: Die Kaufleute und ihre *Consules* sollen, wenn es nötig ist, *Iurisconsulti* und erfahrene Männer (*bonosque viros*) konsultieren. Wenn leichtfertige Kaufleute oder deren *Consules* täglich nur rufen würden: *Stylus, stylus, aequitas, aequitas, conscientia, conscientia* sei nur eine *aequitas cerebrina*, eine eingebilddete Billigkeit zu erwarten²⁰. Marquard äußert damit grundsätzliche Zweifel an der Eignung zum Richter durch bloße Zugehörigkeit zu einem Beruf oder Stand. Auch wenn er sich hier ebenfalls auf zeitgenössische Autoren beruft, die sich zum Teil sehr drastisch ausdrücken, muss man davon ausgehen, dass er auch aus eigener Erfahrung spricht. Gerade deshalb ist die Hochschätzung bemerkenswert, die er den kaufmännischen Laienrichtern entgegenbringt, die sich an dem erwähnten Pflichtenkodex orientieren, insbesondere durch Anfertigung der *Pareres*. Marquard spricht also nicht nur für sich, wenn er eine kaufmännische Sondergerichtsbarkeit nicht nur für akzeptabel, sondern auch für wünschenswert hält, freilich nur bei dem geforderten Niveau. Anderenfalls empfehle sich – wie schon gesagt – der Gang zum ordentlichen Gericht.

Marquards Stellungnahme zum *iudicium mercatorum summarium*, also zu den zu beachtenden Verfahrensregeln, erweist sich als Verbindung gewachsener Formen mit Prinzipien. Der summarische Prozess als Ausnahme vom *iudicium ordinarium* nach gemeinrechtlicher Vorstellung sei dann angezeigt, wenn zugunsten bestimmter Personen oder Ziele ein schnelles Verfahren nötig ist, auch im Interesse der Allgemeinheit (*res publica*), wenn die Parteien ohne langwierige Belastung (*sufflamen*) zum Einvernehmen geführt und die Streitigkeiten mit weniger Aufwand (*ocius*) beendet würden²¹. Das gelte insbesondere für Streitigkeiten unter Kaufleuten, weil unter diesen die *veritas negotii* gelte, und deswegen die *aequitas* und nicht die Spitzfindigkeiten des Gesetzes zu beachten seien. Der Vernunft und der *aequitas* entspreche es aber, dass ihre Streitigkeiten auch summarisch, d. h. rasch und *levato velo*, so wie schon nach römischem Seerecht, ohne Verzögerung und abseits der üblichen Regeln entschieden und vollstreckt würden²². Nach Anführung von Beispielen für abgekürzte Verfahren aus den Niederlanden und für privilegierte Hansekaufleute bezieht sich Marquard auf die *Clementina Saepe*, die klassische Umschreibung des summarischen Verfahrens bei kirchlichen Gerichten, die von den Legisten übernommen worden war²³. Hier würden nur die „na-

¹⁹ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 54.

²⁰ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 55 ff.

²¹ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 2, 7, 3.

²² Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 7, 4 ff.

²³ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 7, 8. Zur Entwicklung bis zur *Clementina Saepe* (2 Clem. 5, 11) und deren Wirkung bereits Hans Karl Briegeleb, Einleitung in die Theorie der summa-

turalia“ des Verfahrens gelten, die da seien: 1) Ladung, 2) Kurzer Sachverhalt, 3) Klageantrag, 4) Beweiserbieten (*probationes semiplenae*), 5) *Cognitio causae, saltum aliqua et levis*, 6) *Sententia sine conclusione*²⁴. Es folgen zahlreiche Beispiele aus Literatur, Gerichtspraxis und Gesetzen für die Bedeutung dieser Regeln. Als Beleg für die allgemeinen Prinzipien des summarischen Prozesses werden auch Sonderfälle wie das mittelalterliche Gastgericht herangezogen, das nach dem Revidierten Lübisches Stadtrecht von 1586 vom Niedergericht, also der unteren Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit, wahrgenommen wird²⁵. Auch Eigenheiten des Sächsischen Prozesses, die, verglichen mit dem römisch-kanonischen, prozessbeschleunigend wirken, werden angeführt²⁶.

II

Und nun zu den Nürnberger Verhältnissen: Die Nürnberger Reformation von 1479 gilt als „Pionier“ des neuen, das Gemeine Recht der Zeit aufnehmenden und in seiner wissenschaftlichen Haltung moderneren Typus der Gesetzgebung deutscher Städte und Territorien (Wieacker)²⁷. Vom 14. bis zum 15. Jahrhundert war die Stadt zu einem politischen und kulturellen Kraftzentrum des Reichs geworden, nach damaligen Maßstäben eine Großstadt und die Reichsstadt mit dem größten Territorium²⁸. Die Beziehungen zu Italien waren nicht nur auf dem Gebiet des Handels sehr eng; der von den alten patrizischen Kaufmanns- und Bankiersfamilien besetzte Rat stand mit Venedig in regem Meinungsaustausch über wirtschafts- und rechtspolitische Fragen²⁹. Der Rat hatte eine Revision des Stadtrechts für notwendig erachtet, weil der herkömmliche Prozess und die Gerichtsverfassung nach dem Urteil der am römischen Recht geschulten, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen immer unentbehrlicher werdenden Juristen den gewandelten Anforderungen nicht mehr zeitgemäß schienen, insbesondere angesichts der bevorstehenden kaiserlichen Kammergerichtsordnung. Auch genügten die bisherigen Rechtsgewohnheiten nicht mehr den gewandelten Bedürfnissen von Wirtschaft und Handel. Der von Juristen gefertigte Entwurf wurde jedoch vom Rat unter Beibehaltung bewährter Regeln und Einrichtungen geändert, so dass die Reformation am Ende weniger romanistisch ausfiel als die Reformgesetze anderer Städte und Territorien³⁰. Die Reformation, erstmals 1484 als Ganzes im

rischen Prozesse (Leipzig 1859, ND Frankfurt 1969) 15 ff. Zur Bedeutung für das Handelsrecht Levin Goldschmidt, Universalgeschichte des Handelsrechts (Stuttgart 1891) 173.

²⁴ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 7, 9.

²⁵ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 7, 14 ff.

²⁶ Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 7, 29.

²⁷ Franz Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, (Göttingen 21996) 193.

²⁸ Werner Schultheiß, Geschichte des Nürnberger Ortsrechts (Nürnberg 1972) 6, 12 f. (im Folgenden zitiert: Schultheiß, Geschichte).

²⁹ Hierzu Beispiele bei Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 72 ff.

³⁰ Schultheiß, Geschichte (Fn. 28) 12 f.

Druck erschienen, geht davon aus, dass grundsätzlich alle Zivilstreitigkeiten in erster Instanz vor das Stadtgericht gehören, soweit nicht besondere Gerichte zuständig sind, deren Zuständigkeit und Verfahren jeweils positiv geregelt sind³¹. Da ein besonderes Forum für kaufmännische Streitigkeiten nicht vorgesehen war, bedeutete das, dass diese wie die Streitigkeiten unter Nürnberger Bürgern oder zwischen diesen und Fremden in erster Instanz vor dem Stadtgericht auszutragen waren. Es wäre unrichtig, dies als einen für die Kaufmannschaft nachteiligen Umstand anzusehen. Denn die Allkompetenz des Stadtgerichts war eine der Errungenschaften deutscher Städte im Rahmen ihrer in unterschiedlichem Maß gelungenen Emanzipation vom Stadtherren. So war es auch in Nürnberg gewesen, wo die Bürger seit dem frühen 15. Jh. durch Privilegien des Kaisers, also des Stadtherren, ihre eigene Gerichtshoheit errungen hatten³². Stadtgericht war wie auch anderwärts ursprünglich der Rat selbst als die Spitze der Kommune, später einzelne Mitglieder oder von ihm eingesetzte Richter. Nach der Reformation von 1479, der 1497 eine Stadtgerichtsordnung folgte, war das Stadtgericht mit dem Stadtrichter als Vorsitzendem, den zwei Bürgermeistern, sechs Schöffen als Urteilssprecher sowie zwei gelehrten Juristen (Doktoren) als Beisitzer besetzt, später wurde der Spruchkörper vergrößert³³. Die Reformation hielt also am bisherigen Laienrichtertum fest, nicht jedoch am mündlichen Prozess, wie er für das Stadtgericht noch zwanzig Jahre zuvor in Nürnberg als maßgeblich angesehen worden war. Nunmehr war der schriftliche Prozess verbindlich, von ungleich längerer Dauer. Für die Lösung kaufmännischer Konflikte vor Gericht war das, orientiert man sich an Johannes Marquard, eine deutliche Verschlechterung. Abgemildert wurde dies jedoch dadurch, dass man für einige Bereiche an mittelalterlichen Prozessformen festgehalten hat. So sollten nach der Gerichtsordnung von 1497 nicht nur „mit Alter Herkommen“ Sachen bis zu 5 Gulden Streitwert summarisch und schleunig vor dem Fronboten, dem Gerichtsdienner, verhandelt werden³⁴. Für die Kaufleute wesentlich wichtiger war, dass schon nach der ersten Fassung der Reformation von 1479 „Gesten“, die keine Wohnung in Nürnberg hatten, bei Klagen gegen einen Bürger bis zu 32 Gulden Streitwert vor dem Stadtgericht nicht nur kürzere Ladungsfristen zugutekommen, sondern dass auch in der Reihenfolge der Sachen die Gäste bevorzugt werden sollen. Unter Umständen galt dies auch, wenn ein Gast klagte³⁵. Das mittelalterliche Gastgericht³⁶ hatte sich hier als besondere Ver-

³¹ Rudolf Schielein, Die Entwicklung der Gerichtsverfassung in der Reichsstadt Nürnberg vor allem vom 15. bis 18. Jahrhundert (Jur. Diss. Erlangen 1952) 25 ff. (im Folgenden zitiert: Schielein, Entwicklung). Ausgaben der Reformation bei Heinrich Gebrke, Bibliographie der Gesetzgebung des Privatrechts. Deutsches Reich, in: Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, herausgegeben von Helmut Coing, Bd. 2, Tbd. 2 (München 1976) 310–418, 414 f. (im Folgenden zitiert: Gebrke, Bibliographie).

³² Schultheiß, Geschichte (Fn. 28) 5 ff.; Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 36.

³³ Schielein, Entwicklung (Fn. 31) 28; Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 40 ff.; Schultheiß, Geschichte (Fn. 28) 12 f.

³⁴ Schielein, Entwicklung (Fn. 31) 48 ff.; Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 45 f.; Stadtgerichtsordnung I, 2.

³⁵ Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 36 f.; Schielein, Entwicklung (Fn. 31) 45 f.

fahrensform vor dem Stadtgericht gehalten. Die andere Möglichkeit eines beschleunigten, für Kaufleute günstigen Verfahrens war die Zuständigkeit des Bürgermeisters in bestimmten Fällen. Dieses Amt, das im Rahmen des Demokratisierungsprozesses in den Städten, vor allem in den Reichsstädten, anstelle des herrschaftlichen Schultheißen an der Spitze der Administration, also des Rats, getreten war³⁷, wurde zu Beginn des 15. Jh. in Nürnberg vom älteren Bürgermeister als Leiter der Verhandlungen im Rat bekleidet, während der jüngere mit Vorbereitungs- und Unterstützungsmaßnahmen betreut war, wie mit der Entgegennahme von Eingaben oder deren Weiterleitung. Sachen von geringer Bedeutung erledigte er selbst³⁸. Aus dessen Tätigkeit entstand allmählich eine selbständige Justizbehörde, die für alle strittigen Bagatellsachen, für die es kein privilegiertes Forum gab, zuständig war. Hat ein Bürger eine Forderung gegenüber einem „Gast“, so kann er nach der Reformation von 1479 den Gast oder dessen Gut zu Sicherungs- oder Vollstreckungszwecken „verhaften und verbieten [...] lassen“, zunächst durch den Gerichtsboten (Fronboten), später nur durch den Rat oder den Bürgermeister³⁹. Auch dies dürfte eine Aufzeichnung bestehenden Rechts sein⁴⁰, des sogenannten Fremdenarrests⁴¹. Das Gleiche stand dem „Gast“ wegen einer Forderung gegen einen wegen Schulden flüchtigen Bürger zu, als Sicherung für den Fall der Verurteilung in einem nachfolgenden Prozess⁴², eine Form des Fugitivenarrests⁴³. Die Zuständigkeit des Bürgermeisters für eine Vollstreckung reichte auch dann aus, wenn der Kläger, der auch ein Gast, also ein auswärtiger Kaufmann sein konnte, vor diesem klagte und der Schuldner seine Schuld bekannte⁴⁴. Das gerichtliche Geständnis als Grundlage eines vollstreckbaren Urteils findet sich bereits im Italien des 13. Jh.⁴⁵. Silberschmidt hat in diesem „Bürgermeisterprozess“ mit einigem Recht einen „Ersatz für eine eigene Handelsgerichtsbarkeit“ gesehen, ebenso wie in Augsburg und Frankfurt⁴⁶. Geht man davon aus, dass es Ziel aller Reformationsgesetzgebungen wie jeder Gesetzgebung war, auch Unklares oder Umstrittenes klarzustellen, dann konnte dies auch in der Fortschreibung von Be-

³⁶ Siehe Fn. 5.

³⁷ Vgl. Klaus Peter Schroeder, Art. Rat, Ratsgerichtsbarkeit, in: HRG IV (Berlin 1990) 15 ff., 159; Gerhard Köbler, Art. Bürgermeister, in: LexMA II, 1047 f.

³⁸ Schielein, Entwicklung (Fn. 31) 54 m. Nachw.

³⁹ Tit. IV Ges. 1 Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 38.

⁴⁰ Daniel Waldmann, Die Entstehung der Reformation von 1479 und die Quellen ihrer prozeßrechtlichen Vorschriften, in: Mitteilungen des Vereins zur Geschichte der Stadt Nürnberg 18 (1908) 1–98, 82 (im Folgenden zitiert: Waldmann, Entstehung).

⁴¹ Allgemein zum Arrest der Überblick von Gerhard Buchda, Art. Kummer, in: HRG II (Berlin 1978) 1257 ff. (im Folgenden zitiert: Buchda, Kummer).

⁴² Tit. V Ges. 6 Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) ebenda.

⁴³ Hierzu Buchda, Kummer, (Fn. 41) 1259. Der Ursprung dürfte im frühmittelalterlichen Handhaftverfahren liegen.

⁴⁴ Tit. V Ges. 14 Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) ebenda.

⁴⁵ Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 39 m. w. Nachw.; vgl. auch Heinz Holzhauser, Art. Geständnis, in: HRG I (Berlin 1971) 1629 ff., 1634; Waldmann, Entstehung (Fn. 40) 80 f. verneint einen italienischen Einfluss.

⁴⁶ Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 39.

währtem, allemal Wichtigem bestehen. Wie wir gesehen haben, gilt dies auch für die die Kaufleute betreffenden Partien.

Die Einrichtung des Reichskammergerichts 1495, also die Schaffung einer neuen Appellationsinstanz, bedeutete für das Verfahrensziel einer möglichst raschen Konfliktlösung ein neues Risiko. Die Möglichkeit, sich davon befreien zu lassen, hatte der Nürnberger Rat umgehend angestrebt. 1508 erhielt die Stadt, auch durch Einsatz finanzieller Mittel, von Kaiser Maximilian ein Privileg, nach dem nicht nur, wie auch in Privilegien für andere Reichsstädte, für die Appellation am Reichskammergericht eine Mindestappellationssumme (hier 600 Gulden) festgelegt wurde, sondern die Appellation in Kaufmannssachen völlig ausgeschlossen wird⁴⁷. Darüber hinaus sollen die Prozesse der Kaufleute (Kauf, Rechnung, Gesellschaft) an den Nürnberger Gerichten in deren Interesse „summarie“ behandelt werden, wie sich „nach des Kaisers Satzungen und des Reichs beschriebenen Rechten“ gebühre⁴⁸. Hier wird eindeutig auf die römisch-kanonische Prozessrechtslehre der Legisten verwiesen. Außerdem sei niemand geschickter zu entscheiden als die „verständigen“ Kaufleute selbst. Die Besonderheit des Nürnberger Appellationsprivilegs, das innerhalb des Reichs seiner Zeit voraus war, könnte dadurch zu erklären sein, dass die an den Kaiser gezahlten Gelder nicht von den großen Familien, sondern von den „führenden Kaufleuten“, genauer: den aktiven Kaufleuten, aufgebracht worden waren⁴⁹.

Das Privileg wurde 1522 von Karl V. noch einmal bestätigt. Der Teil, der unter Berufung auf das Reichsrecht den Kaufleuten ein summarisches Verfahren zusichert, blieb zunächst ohne Folgen, etwa in Gestalt einer Ergänzung oder Änderung der Reformation. Ob es zutrifft, dass das Interesse, das Nürnberg bei der Bitte um das Privileg des summarischen Prozesses für kaufmännische Streitigkeiten bekundet hatte, nur auf taktischen Erwägungen beruhte⁵⁰, mag dahinstehen. Sicher ist, dass man, jedenfalls beim Rat, einen derartigen Reformbedarf nicht sah, zumal damals im deutschen Teil des Reichs keine Vorbilder existierten.

Außerdem ist neben den erwähnten tradierten summarischen Verfahren noch mit einer weiteren Möglichkeit der Konfliktlösung unter Kaufleuten in der ersten Hälfte des 16. Jh. in Nürnberg zu rechnen; es gibt Anhaltspunkte dafür, dass sich die Kaufleute selbst geholfen haben. Der Frankfurter Prokurator und Advokat Johann Martin Vogt, Autor eines 1654 erstmals erschienen Traktats zum Wechselrecht⁵¹, berichtet, dass sich die Kaufleute in Frankfurt, wo es „keinen absonderli-

⁴⁷ Hierzu ausführlich *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 49 ff., 58 ff.

⁴⁸ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 59.

⁴⁹ *Harald Rehm*, Die Nürnberger Handelsgerichtsbarkeit. Verfassung und Prozeß insbesondere im 19. Jahrhundert (Nürnberg 1974) 1 (im Folgenden zitiert: *Rehm*, Handelsgerichtsbarkeit); hier weiterführende Hinweise auf Quellen und Literatur.

⁵⁰ So *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 61.

⁵¹ *Johann Martin Vogt*, Tractatus analyticus de cambiis, tam regularibus, in quo termini hujus artis, ab exteris nationibus petiti, et proinde captui Germanorum minus obvii, explicantur, ad gestum et gustum Germaniae nostrae applicantur, variis diversorum locorum consuetudinibus, statutis et praedictis, juvantur 1654; auch: Giessae 1658, cum additionibus Ahasver Fritschii (Francofurti 1670), Thes. VII. Zu Vogt vgl. *Scherer*, Wissenschaft (Fn. 6) 61.

chen Magistrat“ gebe, der „die zwischen ihnen fürfallenden Streitigkeit sua auctoritate erörtern dörrfte“, also kein besonderes Handelsgericht, ohne Einschaltung des Rats, „absque strepitu iudicii“, selbst um eine Lösung „per modum compromissi“ bemühen würden⁵². Mit *compromissum* hat man den Schiedsvertrag bezeichnet, in dem sich die Parteien einem Schiedsrichter unterwerfen, der hier auch ein Kaufmann ist⁵³. Gelingt dies nicht, so Vogt weiter, so werde „per modum deputationis vel commissionis“ eine Lösung gesucht, also dem Wege über vom Rat beauftragte Schiedsrichter, die dann allerdings wegen oft fehlender Kenntnisse in „des Kauffmans Styli“ „unparteiliche Parere oder Kauffmansbelehrung“, also Handelsgutachten, heranzögen, die über den *Stylus* und die *consuetudo*, also die einschlägigen Rechtsgewohnheiten, informieren. Warum sollte es nicht genauso oder ähnlich in Nürnberg gewesen sein, das damals zu den wenigen Städten und Territorien gehörte, die das Schiedsverfahren gesetzlich geregelt haben? Anders als die vorhergehenden Fassungen enthält die revidierte Reformation von 1564 einen neuen Titel 9 im ersten Buch mit der Überschrift „Von Compromissen, Hindergengen und Anlassen“. Obwohl gerade auch im Verfahrensrecht diese Fassung stärker romanisiert ist als die früheren, folgt das neu aufgenommene Schiedsverfahren den „einheimischen“ (Krause), in der süddeutschen Region durch die Augsburger und Münchener Stadtrechte des 13. u. 14. Jh. überlieferten Grundsätzen: Verbindlichkeit der formlosen Schiedsvereinbarung, die Parteien können Rechts- oder Billigkeitsentscheidungen vereinbaren, Rechtsmittel sind ausgeschlossen und der Schiedsspruch ist vollstreckbar, allerdings nur bei Einschaltung des ordentlichen Gerichts. Wenn die zum raschen Handeln verpflichteten Richter die ihnen gesetzte Frist nicht einhielten, wurde der Schiedsvertrag hinfällig⁵⁴. Wenn zutrifft, dass die verbreitete Nichtbehandlung des Schiedsgerichts in der Reformationsgesetzgebung des 16. Jh. nicht darauf schließen lässt, das Schiedswesen sei außer Gebrauch gekommen – in Frankfurt gab es noch ein Jahrhundert später die Praxis des *compromissum* unter Kaufleuten, obwohl die Frankfurter Reformation dazu schweigt –, dann gilt das für Nürnberg erst recht. Die dortige Aufnahme des Schiedsverfahrens in die Fassung von 1564 zeigt vielmehr das Interesse am geregelten Erhalt einer Institution, die sich in wesentlichen Punkten vom römisch-rechtlichen *compromissum* unterscheidet.

Als erstes Zwischenergebnis lässt sich festhalten: Am Beispiel der Nürnberger Reformationsgesetzgebung des 15. und 16. Jh. sowie Parallelen in anderen Städten und Territorien wird sichtbar, dass sich trotz der in Süddeutschland stärkeren Ro-

⁵² *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 117 hat nicht nur auf Vogt selbst hingewiesen, sondern auch auf spätere Literatur, die über diese Frankfurter Praxis berichtet. Der erste in dieser Reihe war *Johann Marquard*, *Tractatus* (Fn. 7), der sie zu den zeitgenössischen Beispielen für eine spezifische Handelsgerichtsbarkeit zählt; Bd. 1, 3, 6 n 31. Zu den anderen Autoren wie Johann Jakob Heydiger und Paul Jakob Marperger: *Schermer*, Wissenschaft (Fn. 6) 937 bzw. 947.

⁵³ Zum römischen *compromissum* und dessen Rezeption *Hermann Krause*, Die geschichtliche Entwicklung des Schiedsgerichtswesens in Deutschland (Berlin 1930) 48 ff. (im Folgenden zitiert: *Krause*, Entwicklung).

⁵⁴ *Krause*, Entwicklung (Fn. 53) 57 ff., 30 ff.

manisierung für Kaufleute wichtige, u.U. unentbehrliche Gerichts- und Verfahrensformen gehalten haben, und keineswegs nur in Resten: die prozessuale Privilegierung von Fremden in der Tradition des Gastgerichts, der Exekutionsprozess und das Schiedsgericht.

Seit der Mitte des 16. Jh. zeichnet sich mit der Entstehung von Börsen an wichtigen europäischen Handelsplätzen eine neue Entwicklung ab. Der mit seinen Waren reisende Kaufmann gehörte der Vergangenheit an, das Fracht- und Botenwesen hatte den Transport übernommen. Börsen waren Zusammenkunftsorte von Kaufleuten, an denen Fernhandelsgeschäfte über vertretbare Tauschgüter⁵⁵ abgeschlossen wurden und die teilweise auch schiedsgerichtliche Funktionen erlangten, eine Entwicklung, die in Antwerpen begonnen hatte. Dem könnte entsprechen, dass 1560 in Nürnberg Kaufleuten vom Rat erlaubt wurde, den Markt abzuläuten, d. h. für geregelte Markttermine zu sorgen. Es wurde eine Marktordnung erlassen, die von Kaufleuten, es waren schließlich fünf „Marktvorsteher“ („Marktvorgeher“, „Marktherren“), überwacht wurde, denen zwei Vertreter des Rats, „Obermarktherren“, zugeordnet wurden⁵⁶. Ebenfalls noch im 16. Jh. wuchs den Marktherren eine weitere, an sich öffentliche Aufgabe zu, die Beaufsichtigung des damals zwischen den Handelsplätzen neu eingerichteten Fracht- und Botenwesens, die sich zunächst in disziplinarrechtlichen Befugnissen erschöpfte, später jedoch auch Jurisdiktion in diesem Bereich einschloss⁵⁷. Bei diesen Neuerungen ist bemerkenswert, dass der Rat, der sonst gerade in Nürnberg auf Erhaltung seiner Macht und Kompetenzen bedacht war, die Kaufmannschaft eingeschaltet und ihr sogar richterliche Befugnisse eingeräumt oder solche zumindest geduldet hat⁵⁸. Es war nur rational und vor allem ökonomisch, das Interesse und die Sachkunde der unmittelbar Betroffenen zu nutzen. Das gilt mit Sicherheit auch für die Bewältigung einer der größten Krisen für den frühneuzeitlichen Handel, der Währungskrise infolge der sog. Münzverschlechterung⁵⁹. Die dadurch verursachte Veränderung von Wertrelationen der Münzen führte zu Preissteigerungen, die noch dadurch verschlimmert wurden, dass sie sich ständig änderten, insgesamt den Handel verunsicherten, eine besondere Form der Inflation, die neue rechtli-

⁵⁵ Zu dieser Entwicklung *Hermann Kellenbenz*, *Gewerbe und Handel 1500–1648*, in: *Handbuch deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, herausgegeben von *Hermann Aubin*, *Wolfgang Zorn*, Bd. 1 (Stuttgart 1971) 414–464, 445 f. (im Folgenden zitiert: *Kellenbenz*, *Gewerbe*).

⁵⁶ *Silberschmidt*, (Fn. 1) 67 ff.; *Theodor Heerdegen*, *Das Merkantil-, Friedens- und Schiedsgericht der Stadt Nürnberg*. (Jur. Diss. Erlangen; Nürnberg 1897) 6 f. (im Folgenden zitiert: *Heerdegen*, *Nürnberg*); *Pius Dirr*, *Der Handelsvorstand Nürnberg 1560–1910* (Nürnberg 1910) 7; *Rudolf Liebstädter*, *Die Gerichtsbarkeit der Marktvorsteher der Stadt Nürnberg*. Ein Beitrag zur Frage des Laienrichtertums auf dem Gebiet der Handelsgerichtsbarkeit. (Jur. Diss. Würzburg 1922) 7.

⁵⁷ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 68 f.; *Heerdegen*, *Nürnberg* (Fn. 56) 9 f.

⁵⁸ Ob diese Initiative auf eine schon damals organisierte Kaufmannschaft schließen lässt, wie schon die ältere Literatur annimmt, z.B. *Heerdegen*, *Nürnberg* (Fn. 56) 6 f., kann dahinstehen.

⁵⁹ Hierzu auch *Kellenbenz*, *Gewerbe* (Fn. 55) 446.

che Konflikte entstehen ließ. Die Nürnberger Kaufleute hatten bereits 1580 vereinbart, welche Münzen angenommen und wie diese zu bewerten seien. Als dies misslang, sah man das Heil in der Kontrolle eines obligatorischen bargeldlosen Zahlungsverkehrs über eine Bank⁶⁰. Im Sommer 1621 wurde in Nürnberg eine Girobank eröffnet, sehr wahrscheinlich nach venezianischem Vorbild. Nach der für sie maßgeblichen Bankordnung sollten alle Handelszahlungen sowie Depositengelder über 200 fl. über Banko erfolgen. Mindestens die Hälfte der Einlagen sollte in guten Münzen erfolgen. Besetzt war das Bankoamt wiederum mit Marktvorstehern sowie vom Rat „Deputierten“ und zwei *Jurisconsulti*. Auch die vom Banko herrührenden Streitigkeiten sollten entschieden werden, damit, wie es heißt, der Rat von ihnen verschont werde. Dies war eine gerichtliche Zuständigkeit, die noch dahin präzisiert wurde, dass sie für die Zahlungen über Banko „auf Kauf und Verkauf oder auf Handelszahlungen, auf Wechseln und auf Deposito oder Interessengeldern“ gelte, später noch für alle Streitigkeiten in Währungsfragen⁶¹. Da es zu Kompetenzkonflikten mit dem Stadtgericht gekommen war, wurde 1624 vom Rat außerdem dekretiert, dass alle Kaufmannssachen an das Bankoamt zu verweisen seien, wo sie durch summarische Cognition erledigt oder in Güte verglichen werden sollen. Bei der Entscheidung durch Cognition, einem abgekürzten Verfahren, das sowohl schriftlich als auch mündlich durchgeführt werden konnte, waren die rechtsgelehrten Konsulenten nicht stimmberechtigt. Dem Privileg von 1508 entsprechend war Appellation gegen den Bankobescheid nur beim Rat möglich. Verweisungen an das Stadtgericht waren nur zulässig für Zeugenvernehmungen oder andere Beweiserhebungen, oder wenn es um schwierige Rechtsfragen ging⁶². Anders als im Verhältnis zum Stadtgericht schloss die Zuständigkeit des Bankoamts nicht aus, dass die Parteien ihre Streitigkeiten bei den Marktvorstehern im sog. „Marktgewölbe“ *de simplici et plano* austrugen⁶³. Dies und die erwähnte Aufnahme von Regelungen über Schiedsgerichte in die Reformation stützen die in der Literatur vertretene These, dass auch in Nürnberg das kaufmännische Schiedsgerichtswesen mindestens bis ins frühe 16. Jh. zurückreicht⁶⁴. Initiativen der Kaufmannschaft und erfahrene Juristen, die den Rat überzeugten, führten schließlich dazu, aus dem Bankoamt ein regelrechtes Handelsgericht zu machen, das nun auch die Beweisaufnahmen selbst vornehmen konnte. Dadurch sollte nicht nur das ohnehin überlastete Stadtgericht entlastet, sondern auch die raschere Entscheidung, das Privileg von 1508 in die Tat umsetzend, gewährleistet werden. Auch waren inzwischen in Bozen, Braunschweig und Leipzig Handelsgerichte entstanden⁶⁵. 1697 wurde die Gerichtsordnung für das „Mercantil- und Bankogericht“⁶⁶ erlassen. Das an sich noch zuständige Stadtgericht wurde

⁶⁰ Zum folgenden ausführlich *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 66 ff., 77 ff., 78 ff., 86 ff.

⁶¹ *Rehm*, Handelsgerichtsbarkeit (Fn. 49) 5 f. m.w.Nachw.

⁶² *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 13 ff.

⁶³ *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 17; *Liebstädter*, Gerichtsbarkeit (Fn. 56) 47 ff.

⁶⁴ Vgl. *Rehm*, Handelsgerichtsbarkeit (Fn. 49) 3.

⁶⁵ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 92 f.; *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 22 ff.

⁶⁶ Des zu Nürnberg angerichteten Mercantil- und Banco-Gerichts Ordnung ao. 1697.

vom Rat angewiesen, Handelssachen nun an das Mercantilgericht zu verweisen. Ansonsten handelte es sich um die Fortsetzung der gerichtlichen Tätigkeit des Bankoamts. So wurde an der Besetzung des Gerichts nichts geändert. Prokuratoren und Advokaten der Nürnberger Gerichte konnten auch hier, wenn auch eingeschränkt, tätig werden (Art. 4, 13, 14). Es galten die Grundsätze des summarischen Verfahrens. Wurde die Klage schriftlich erhoben, sollten die Parteien und ihre Anwälte höchstens zwei Schriftsätze wechseln und erklären, sich der Entscheidung des Gerichts zu unterwerfen (Art. 8). Als überflüssig angesehene Beweisangebote konnten abgelehnt werden. Das Urteil erging schriftlich, wurde aber in einem besonderen Termin verkündet (Art. 15). Da grundsätzlich ein gütlicher Vergleich erwünscht war, empfahl sich das mündliche Verfahren, bei dem der Kläger, auch wenn er durch einen Anwalt vertreten war, persönlich anwesend sein musste (Art. 7). Der Beklagte hatte darauf seine Einreden vorzubringen, denen dann Replik und Duplik folgten. Die Appellation an den Rat war zulässig, nicht jedoch an das Reichskammergericht (Art. 16). Dass im Laufe des 18. Jh. die Prozesse immer länger dauerten, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Gerichtspersonen, insbesondere die Konsulenten, nicht an die Prinzipien des summarischen Prozesses gehalten haben. Gericht und Prozessordnung wurden 1804 aufgehoben⁶⁷. Die Rechtsprechung ist, soweit ersichtlich, noch nicht erschlossen.

Als wirkungsvoll für die Konfliktlösung unter Kaufleuten erwies sich eine weitere Nürnberger Einrichtung: die Abfassung von schriftlichen Gutachten über kaufmännische Rechtsfragen, die erwähnten *Pareres*, die von juristischen Sachkennern wie Johannes Marquard hochgeschätzt waren und deren Einholung in einem Reichsgutachten vom 31. 7. 1668 den Gerichten nahegelegt wurde⁶⁸. Die Marktvorsteher, also die gleichen Kaufleute, die dem Bankoamt und später dem Mercantilgericht angehörten, daneben auch als Schiedsrichter tätig waren, erstellten diese Gutachten auf Anfrage⁶⁹. Als seit 1635 noch zwölf Marktadjunkten hinzukamen, die zur Kontrolle des Banko eingesetzt worden waren, haben auch diese mitgewirkt und die Gutachten unterschrieben. Gelegentlich hat man auch besonders sachkundige Kaufleute hinzugezogen. Zwischen 1629 und 1813 wurden 1126 *Pareres* erteilt. Sie befassten sich mit zahlreichen kaufmännischen Rechtsfragen, insbesondere mit Wechselrecht⁷⁰. Anfrager waren neben Juristen, Kaufleuten und Stadtregierungen auch Gerichte. Sie kamen nicht nur aus deutschen Handelsstädten wie Frankfurt, Hamburg, Köln, Augsburg, Regensburg, sondern auch aus

Hierzu *Lammel*, Gesetzgebung (Fn. 4) 699; *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 22ff.; *Rehm*, Handelsgerichtsbarkeit (Fn. 49) 10ff.

⁶⁷ *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 30ff.

⁶⁸ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 157f. Vgl. das Kaiserliche Commissions-Decret vom 8. 10. 1668, in: Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Vierter Theil, Nr. XXIX (Frankfurt 1747, ND Osnabrück 1967) 59f.

⁶⁹ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 96ff.; *Heerdegen*, Nürnberg (Fn. 56) 17ff.; *Rehm*, Handelsgerichtsbarkeit (Fn. 49) 8f. Ausführlicher *Philipp Pommer*, Die Rechtsgutachten der Nürnberger Marktvorsteher (Jur. Diss. Erlangen 1948) (im Folgenden zitiert: *Pommer*, Rechtsgutachten).

⁷⁰ Vgl. den Überblick bei *Pommer*, Rechtsgutachten (Fn. 69) 16–105.

dem Ausland wie Genua, Venedig, Antwerpen oder England. Teilweise wurden die Gutachten in italienischer oder flämischer Sprache erteilt⁷¹. Sie zirkulierten auch in Handelsstädten und wurden dort unterschrieben. Für die deutsche und europäische Geschichte des Handelsrechts sind sie von großer Bedeutung. Ihre bisherige Erschließung ist unzureichend⁷².

III

Auch im frühneuzeitlichen Hamburg konnten Kaufleute ihre Konflikte vor ordentlichen Gerichten, Sondergerichten oder ganz ohne beide austragen. Verglichen mit Nürnberg gibt es Parallelen, aber auch Unterschiede⁷³. Diese beruhen einmal darauf, dass im Norden der Einfluss des römisch-gemeinen Rechts und der mediterranen Handelspraxis geringer war, andererseits, dass es sich hier um einen Seehandelsplatz handelt. Gerichtsverfassung und Verfahren waren durch das Stadtrecht und die Gerichtsordnung von 1603/1605 umfassend geregelt und wurden später teilweise revidiert⁷⁴. Dieses Gesetz, in dem ältere Ordnungen des Nieder- und Obergerichts zusammengefasst und revidiert worden sind, war bis zur Mitte des 17. Jh. bestimmend. Das Niedergericht, erstmals 1497 so bezeichnet als Instanz für zivilrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert bis 100 Mark, war – wie das Nürnberger Stadtgericht – ursprünglich grundsätzlich auch für Handels- und Wechselsachen, Schiffs-, Fracht-, Versicherungs- und lange Zeit auch für die Konkursachen zuständig⁷⁵. Man konnte aber, wenn das Niedergericht nicht ausschließlich zuständig war, auch das Obergericht anrufen, unabhängig vom Streitwert⁷⁶. Ob die Behauptung, das Niedergericht hätte eigentlich ein Handelsgericht

⁷¹ Pommer, Rechtsgutachten (Fn. 69) 10f., 26; Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 97.

⁷² Pommer informiert zwar über wesentliche inhaltliche Aussagen der Gutachten, nicht jedoch über die Rechtsgrundlagen, auf die sich diese im Einzelfall stützen. Wie sich seinen Ausführungen entnehmen lässt, ist der Quellenhorizont nach der Art des Usus modernus sehr weit. Besonders wertvolle Informationen sind hier über die Handelsbräuche zu erwarten, auf die sich die Gutachten berufen.

⁷³ Zur hamburgischen Gerichtsverfassung und zu den Verfahren im Allgemeinen zuletzt sowie zum Admiralitätsgericht grundlegend *Eva-Maria Frentz*, Das Hamburgische Admiralitätsgericht (1623–1811). Prozeß und Rechtsprechung, (Rechtshistorische Reihe 43, Frankfurt, Bern, New York 1985) 1 ff., 34 ff. (im Folgenden zitiert: *Frentz*, Admiralitätsgericht); instruktiv auch *Daniel Heinrich Jacobi*, Geschichte des Hamburger Niedergerichts (Hamburg 1866) (im Folgenden zitiert: *Jacobi*, Geschichte).

⁷⁴ Die älteste Ausgabe: Gerichtsordnung und Statuten der Stadt Hamburg von 1603/1605 (Hamburg 1605); eine jüngere: Hamburger Stadtrecht 1603/05, in: Der Stadt Hamburg Gerichtsordnung und Statuta, Ausgabe des Vereins für Hamburgische Geschichte (Hamburg, 1842); frühere und spätere Gerichtsordnungen abgedruckt bei *Christian Daniel Anderson*, Sammlung Hamburgischer Verordnungen 1–8 (Hamburg 1774–1810).

⁷⁵ *Jacobi*, Geschichte (Fn. 73) 106 ff., 116 f.; *Frentz*, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 283.

⁷⁶ *Jacobi*, Geschichte (Fn. 73) 106 f.

werden sollen⁷⁷, zutrifft, sei dahingestellt. Nach 1605 waren jedenfalls alle seerechtlichen Klagen bei ihm zu erheben⁷⁸. Ihm standen ursprünglich zwei deputierte Mitglieder des Rats, die *Rathmannen*, vor. Das Urteil wurde von den „Dingleuten“ gesprochen, zu denen neben Bürgern auch rechts- und gesetzeskundige Fürsprecher (*procuratores*) gehörten. Das Verfahren war zunächst, wie seit dem Stadtrecht von 1420 und den Grundsätzen des sächsischen Prozesses entsprechend, mündlich und öffentlich, die Parteien konnten ohne Fürsprecher ihre Sache selbst vortragen, durften sich aber auch durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen⁷⁹. Von den späteren Gesetzesänderungen ist die Änderung der Gerichtsordnung von 1622 im Hinblick auf die Besetzung des Gerichts von Bedeutung. Auf Verlangen der Bürgerschaft wurde erstmals auch ein Jurist gewählt mit der Folge, dass auf diesen der Vorsitz überging. Später kam auch ein zweiter Licentiat oder Doktor hinzu⁸⁰. Das Vertrauen des Publikums in das gelehrte Richtertum war also gewachsen. Wie in Nürnberg gab es besondere Zuständigkeiten, wie die des Bürgermeisters in Bagatellsachen (GO 1603, 1, 4, 5) oder den Fremdenarrest (GO 1603, I, 17, 1). Andererseits waren örtliche oder personell beschränkte Sonderregelungen und Privilegien üblich. So hatten die englischen *Merchant Adventurers*, die Inhaber des Tuchhandelmonopols auf dem Kontinent, in Hamburg ihren eigenen Richter für Streitigkeiten unter Ihresgleichen, von einem Hamburger Kaufmann konnten sie nur vor dem Rat verklagt werden, mussten sich aber selbst als Kläger mit dem Niedergericht begnügen. Auf die Privilegien der hansischen oder Hamburger Kaufleute im Ausland, etwa in Spanien und Portugal, wo diese sich eine eigene Konsulargerichtsbarkeit gesichert hatten, sei nur hingewiesen⁸¹. Auch Hamburg hatte 1553 ein Appellationsprivileg erhalten, allerdings auf Streitigkeiten über liquide und verbriefte Forderungen bis 600 Gulden beschränkt⁸². Die Stadt gehörte zu den Reichsstädten und Territorien, die in der frühen Neuzeit dem Schiedsgerichtswesen dadurch eine besondere Bedeutung verliehen, dass sie die Durchführung eines Güteverfahrens zur obligatorischen Voraussetzung für die Erhebung einer Klage bei allen Hamburgischen Gerichten machten, erstmals seit 1603. In Seehandelssachen geschah das in Form des alten gewohnheitsrechtlichen „Dielenverfahrens“ vor den beiden Prätores, den Gerichtsverwaltern, das erst 1724 gesetzlich geregelt wurde⁸³. Es glich zwar mit der förmlichen Ladung des Beklagten, der Verhandlung bis zur Duplik, der Beweiserhebung durch Zeugen, Urkunden und Parteivernehmung dem ordentlichen Prozess, enthielt aber Merkmale des summarischen Verfahrens, u. a. die Verkürzung

⁷⁷ So Ernst Baasch, Die Handelskammer zu Hamburg 1665–1915, 1; 1665–1814 (Hamburg 1915) 204 (im Folgenden zitiert: Baasch, Handelskammer).

⁷⁸ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 284.

⁷⁹ Jacobi, Geschichte (Fn. 73) 9 ff., 11 ff., 18 ff.

⁸⁰ Jacobi, Geschichte (Fn. 73) 24 ff.; 33.

⁸¹ Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 141; Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 283 Anm. 8; Marquard, Tractatus (Fn. 7) 1, 3, 6, 30, 37 ff.; Abdrucke der Privilegien bei Marquard, Tractatus (Fn. 7) Bd. 2, 55 ff., 194 ff.

⁸² Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 116; Silberschmidt, Entstehung (Fn. 1) 141.

⁸³ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 69 f.

der Fristen sowie Bevorzugung der Mündlichkeit als Prozessmaxime, die Sprüche waren aber wie Gerichtsentscheidungen uneingeschränkt vollstreckbar. Soweit ersichtlich, endeten diese Güteverfahren in Seesachen jedoch immer mit der Verweisung an das inzwischen neu geschaffene Admiralitätsgericht. Das Verfahren vor den Gerichtsverwaltern konnte auch durch ein Streitschlichtungsverfahren vor dem Hamburgischen Rat ersetzt werden. Anders war das Güteverfahren der sogenannten „guten Mannschaft“ einzuordnen⁸⁴. Zuständig nur in Versicherungssachen und anerkannt als vorgeschaltete Güteinstanz war es ein reines Schiedsgericht, bei dem die Parteien die „guten Männer“ wählen konnten. Es entspricht dem gemeinrechtlichen *compromissum* und musste nach den gesetzlichen Regelungen seit 1656 innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen sein, bei sehr freier Gestaltung des Verfahrens. Aber auch hier zeigte sich eine Abkehr von der alten, gerade im Handelsrecht verbreiteten Vorstellung, Konflikte durch Kompromisse zu lösen⁸⁵. Güteverhandlungen wurden nicht betrieben oder schließlich doch das Admiralitätsgericht angerufen, dem man offenkundig mehr Fachkompetenz zutraute. Auch wehte im Hamburger Geschäftsleben ein schärferer Wind⁸⁶. Die Kaufmannschaft war nicht mehr eine homogene soziale Gruppe mit einem hohen Stellenwert der inneren Harmonie. Die streitige Entscheidung in Assekuranzsachen aufgrund von in Hamburg abgeschlossenen Verträgen hatte sich der Rat vorbehalten⁸⁷.

Verglichen mit der Entwicklung der Nürnberger Gerichtsverfassung und des Prozessrechts war der Hamburgische Gesetzgeber bei gleichen Grundstrukturen also ungleich aktiver, wie sich in der Einführung eines obligatorischen, wenn auch wenig wirksamen Güteverfahrens im Rahmen der Reformen von 1603 zeigt. Angesichts dessen fragt man sich, wie der Beitrag der Kaufleute selbst auf dem Gebiet der Konfliktlösung aussah. Früher als in Nürnberg war in der frühen Neuzeit in Hamburg ein von Kaufleuten besetztes Gericht entstanden. Basis war der „mene Kopman“, ein Zusammenschluss von Flandern-, England-, Schonen- und Islandfahrern, also Fernkaufleuten, den es auch in anderen Seehäfen gab. Ihm hatte der Rat 1517 gestattet, zusammen mit den beiden Zollherren des Rates aus den drei erstgenannten Gruppen „je zwei Olderleude“ zu wählen. Dieses auch „Kaufmannsrat“ oder „Börsenalten“ genannte Kollegium sollte Handelsstreitigkeiten, auch Seesachen, als Schiedsgericht entscheiden. Daneben hatten die Börsenalten auch disziplinarische Befugnisse gegenüber dem eingesetzten Personal wie den Schiffen. In schwierigen Fällen oder solche von öffentlichem Interesse sollten die Zollherren zur Entscheidung herangezogen werden⁸⁸. Es entspricht dem strengen Regiment, das auch der Hamburgische Rat über die Gerichtsbarkeit ausübte, dass mit der „Fundation der Börsenalten“ seine eigene judikative Hoheit nicht berührt werden sollte, ein Vorbehalt, den wir schon als politisches und rechtliches Pro-

⁸⁴ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 70 ff.

⁸⁵ Vgl. hierzu Krause, Entwicklung (Fn. 53) 64 ff., 70.

⁸⁶ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 71 f.

⁸⁷ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 287.

⁸⁸ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 282 f.

blem in mittelalterlichen italienischen Stadtkommunen gegenüber der Konsulargerichtsbarkeit antreffen⁸⁹. Über die Tätigkeit der Börsenalten, ein mündliches Verfahren, ist nichts überliefert. Andererseits wird für Hamburg, das mit der Errichtung einer Börse und der Aufsicht der Kaufleute über das Botenwesen Nürnberg jeweils kurz vorausgegangen war, nichts von einer von Kaufleuten in irgendeiner Form wahrgenommenen jurisdiktionellen Tätigkeit berichtet. Auch als man zur Bewältigung der Folgen der Münzverschlechterung wie in Nürnberg eine Bank gründete, waren in der Bankordnung keine Rechtsprechungsbefugnisse zu finden, wie sie der Rat von Nürnberg gewährt hatte. Immerhin wurde das Appellationsprivileg um alle Bank- und Faktoreisachen erweitert⁹⁰.

Der Anstoß zu einer tiefgreifenden Veränderung der Hamburgischen Gerichtslandschaft, soweit es um die kaufmännischen Streitigkeiten ging, kam von außen. Der westeuropäische Seehandel hatte schon länger unter der Seeräuberei gelitten. Besonders seit 1621 hatten die Kaperungen von Hamburgischen Schiffen durch nordafrikanische und türkische Korsaren zugenommen, die ihre Raubzüge bis in den Ärmelkanal ausdehnten. Lübeck hatte dabei innerhalb von vierzehn Jahren zwanzig Schiffe verloren⁹¹. Die Belastung der Wirtschaft bestand nicht nur im Verlust der Schiffe und Waren, sondern auch in den Kosten für den Loskauf der gefangenen Besatzungen, die durch Sammlungen aufgebracht werden mussten. Wie auch anderwärts suchte man Abhilfe in der Einrichtung ständiger Admiralschaften und der Einsetzung eines Admiraltätskollegiums mit dem Zweck der Organisation bewaffneter privater Konvois. Im Juli 1623 wurden sechs Bürger und zwei „Schifferalte“, erfahrene Kapitäne im Ruhestand, vom Rat eingesetzt, die zusammen mit fünf Ratsmitgliedern die „deputierten Herren und Bürger der Admiralität“ bildeten. Die am 10. August 1623 erlassene Admiralschaftsordnung⁹² bildete die Rechtsgrundlage des Kollegiums. Sie regelte nicht nur die Organisation ständiger Admiralschaften, eines Admirals in Anlehnung an das Hamburgische Stadtrecht von 1603 (II, 14.41 ff.), Dinge wie Mindestbewaffnung und Finanzierung, verlieh jedoch keine Jurisdiktionsgewalt. Da diese jedoch gerade von den Ratsmitgliedern im Kollegium gefordert wurde, gewährte sie der Rat am gleichen Tag, und zwar nicht nur bezogen auf die Streitigkeiten zwischen Schiffen und Reedern, Besatzung und Befrachtern, sondern sie wurden noch ausgedehnt auf alle Seerechtsmaterien, für die bisher das Niedergericht zuständig war, sowie auf Versicherungssachen, für die sich bisher der Rat für zuständig erklärt hatte⁹³. Damit war eine die gesamten seerechtlichen Streitigkeiten umfassende, an-

⁸⁹ Hierzu grundlegend *Antonio Padoa Schioppa*, *Giurisdizione e statuti delle arti nella dottrina commune*, in: *Ders.*, *Saggi di storia del diritto commerciale* (Milano 1992) 11–62.

⁹⁰ *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 141, 77; *Frentz*, Admiraltätsgericht (Fn. 73) 116.

⁹¹ *Frentz*, Admiraltätsgericht (Fn. 73) 288 ff.; *Philippe Dollinger*, *Die Hanse* (Stuttgart 51988) 447. Anschaulich *Eckhart Kleßmann*, *Geschichte der Stadt Hamburg* (Hamburg 51985) 156 ff.

⁹² Unter anderem abgedruckt bei *Marquard*, *Tractatus* (Fn. 7) 2, 589 ff. Lit. R. Zur Zuverlässigkeit dieses Abdrucks *Frentz*, Admiraltätsgericht (Fn. 73) 290 f.

⁹³ *Frentz*, Admiraltätsgericht (Fn. 73) 291 ff.

dere Hamburgische Gerichte ausschließende erstinstanzliche Zuständigkeit geschaffen. Die erwähnten Güteverfahren waren auch hier durchzuführen. Das Gericht selbst war personell identisch mit dem Admiralitätskollegium, hinzu kam noch der Sekretär, dem aber keine richterliche Funktion zukam. Den abwechselnden Vorsitz führte einer von den zwei Bürgermeistern. Interessant ist dabei die Mitwirkung graduierter Juristen. Obwohl es hier keine besonderen Regelungen gab, betrug ihr Anteil unter den Vorsitzenden des Admiralitätsgerichts mehr als siebenzig Prozent. Das entspricht dem Umstand, dass die Bürgermeister im Laufe der Zeit, bereits 1643, alle graduert waren. Von den übrigen vier Ratsherren sollte die Hälfte graduert sein, die anderen Kaufleute mit Seehandelserfahrung. Von einem graduerten Ratsherrn mussten die Relationen und Entscheidungsvorschläge formuliert werden. Die Vertreter der Bürgerschaft im Admiralitätsgericht sollten erfolgreiche Kaufleute mit Erfahrung in „Seesachen“ sein, besonders im Italien- und Spanienhandel⁹⁴. Die Qualifikation der Schifferalten habe ich schon erwähnt. Mit Recht hat man davon gesprochen, dass dieses Berufungsverfahren dem Fachkundeprinzip folge⁹⁵.

Für die Gerichtsverfassung und das Verfahren galt grundsätzlich die Gerichtsordnung von 1603. Wie auch vor den anderen Hamburgischen Gerichten konnte jeder „Bürger oder Einwohner“, der mündig war, klagen oder verklagt werden. Fremde, Zugewanderte ohne Bürgerrecht, ebenso Juden, Frauen, außer „Handelsfrauen“, wie Kinder mussten sich durch „Vormünder“ oder *Curatores* vertreten lassen. Auch auswärtige Kaufleute ohne Wohnsitz in Hamburg waren zwar partei-, nicht aber prozessfähig und mussten sich vertreten lassen. In der Regel geschah das durch Notare oder von dem Auswärtigen beauftragte Bürger, die ihrerseits meist einen Prokurator betrauten⁹⁶. Ansonsten spielten, vor allem anfangs, Prokuratoren im Admiralitätsverfahren nur eine geringe Rolle, da der Prozess durch den mündlichen Vortrag der Parteien bestimmt wurde. Die Prokuratoren mussten – wie übrigens auch nach anderen zeitgenössischen Ordnungen – „rechtserfahren“ sein, sich also im Verfahrensablauf und den Antragsrechten der Parteien auskennen, nicht im Sinn materieller Rechtskenntnisse, und schon gar nicht Juristen sein, wie die Advokaten, die die Parteien außerhalb des Prozessbereichs berieten⁹⁷. Wie sich aus den Prozessakten ergibt, waren die Advokaten in Admiralitätssachen außerordentlich fähig und haben durch ihre Schriftsätze sichtlich auf die materielle Urteilsfindung eingewirkt⁹⁸. Das Verfahren vor dem Admiralitätsgericht enthielt gegenüber dem allgemeinen Hamburgischen Zivilprozessrecht Besonderheiten im Sinne einer Vereinfachung und Beschleunigung, ganz in der Tradition des Seegerichts als „Gastgericht“. So war ein Teil der Ladungsfristen verkürzt, das Nichterscheinen des Beklagten führte noch früher zum Versäumnisurteil als sonst, das Beweisverfahren erfolgte nicht gesondert, sondern es war in

⁹⁴ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 42 ff.

⁹⁵ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 249.

⁹⁶ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 58 f.

⁹⁷ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 61 ff.

⁹⁸ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 67 f.

die Verhandlung integriert und der Urkundenbeweis als präsenes Beweismittel wurde als prozessbeschleunigend bevorzugt⁹⁹. Als Urkunden wurden vom Admiralitätsgericht auch die *Pareres* bewertet¹⁰⁰, als Beweis der tatsächlichen Übung einer *consuetudo*, einer Usance. Die Aktenversendung an juristische Fakultäten wurde 1711 im Interesse einer zügigen erstinstanzlichen Entscheidung ausgeschlossen¹⁰¹. Dass man nach 1700 zum schriftlichen Verfahren überging¹⁰², führte zwar zur Verlängerung der Prozesse, entsprach aber dem allgemeinen Trend in der Entwicklung des sächsischen Prozesses. Gegen Beweisurteile oder Endurteile gab es verschiedene Rechtsmittel, die an Appellationssummen geknüpft waren, insgesamt aber weiter als bei anderen Seegerichten wie denen von Lübeck oder Bremen. Es gab eine *Restitutio* bei inappellablen Seesachen wieder an das Admiralitätsgericht zur Überprüfung der Entscheidung durch einen anderen Referenten, die Appellation war beim Obergericht möglich, wegen der erwähnten Appellationsprivilegien jedoch nicht beim Reichskammergericht. Stattdessen war Revision beim Obergericht selbst zulässig. Zur Grundlage der Entscheidung bediente sich dieses oft der Aktenversendung¹⁰³.

Urteile und Protokolle des Admiralitätsgerichts sind in zahlreichen Archiven und Beständen erhalten, wurden aber auch in der Literatur herangezogen und wiedergegeben. Sie sind, ebenso wie die Verfassung und Prozessordnung des Gerichts, in jüngeren Untersuchungen außerordentlich gut erschlossen und ausgewertet¹⁰⁴, anders als die in ihrer Bedeutung ebenso wichtigen Nürnberger *Pareres*. Hier kann ich nur auf die Punkte eingehen, die etwas über das Grundverständnis des Gerichts von See- und Handelsrecht sowie die Wirkung seiner Tätigkeit aussagen. Seine Rechtsprechung, deren Schwerpunkt im Seeverversicherungsrecht liegt, berücksichtigt nicht nur hamburgisches und hansisches Recht, sondern wegen dessen Lücken von Anfang an das nicht nur auf diesem Gebiet des Seerechts tonangebende niederländische Recht, angeführt von der „Ordonnantie van de Zeevart“ Philipps II. von 1563, gefolgt von den Assekuranzordnungen der niederländischen Städte und der „Ordonnance de la marine“ von 1681¹⁰⁵. Damit ging das Gericht von einer gewissen Einheit des Rechtsraums Handels- und Seerecht aus, ebenso, dass bei der Rechtsanwendung Prioritäten der einzelnen Quellenkategorien des Handelsrechts wie *consuetudo* oder *ius scriptum* gelten. Bemerkenswert ist, dass das Admiralitätsgericht in der Regel eine gesetzliche Grundlage seiner Entscheidung zitiert, ausländische Gesetze dem Gewohnheitsrecht oder Usancen

⁹⁹ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 75, 77 ff., 93 ff., 95 ff.

¹⁰⁰ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 102 f.; hierzu auch Frentz, ZNR 1988 (Fn. 18).

¹⁰¹ Frentz, ZNR 1988 (Fn. 18) 104.

¹⁰² Frentz, ZNR 1988 (Fn. 18) 79.

¹⁰³ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 110 ff.

¹⁰⁴ Neben den schon erwähnten Arbeiten von Eva-Christine Frentz, (Fn. 18 u. 73) von der gleichen Autorin, Seerechtsentwicklung durch Seerechtsprechung. Der Beitrag des Hamburgischen Admiralitätsgerichts, in: The Courts and the Development of Commercial Law, herausgegeben von Vito Piergiovanni (Berlin 1987) 131–160 (im Folgenden zitiert: Frentz, Seerechtsentwicklung).

¹⁰⁵ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 119 ff.

der See vorzieht. Die ebenfalls herangezogene Literatur bildete eher eine ergänzende Entscheidungsgrundlage¹⁰⁶. Das hamburgische Admiralitätsgericht hat in den fast zwei Jahrhunderten seines Bestehens erheblich die Entwicklung des See- und Handelsrechts beeinflusst. Aufgrund seiner Rechtsprechung ist nicht nur die eigene Gesetzgebung ergänzt und verbessert worden¹⁰⁷. Auch einzelne Richter haben durch Gesetzesentwürfe, Kommentare und Seerechtssysteme, in denen die gesamte europäische Seerechtsliteratur und -gesetzgebung verarbeitet wurden, ihren Teil dazu beigetragen und damit noch bis ins 19. Jh. hinein gewirkt¹⁰⁸. Schon bald nach seiner Einrichtung wurde das Gericht um seerechtliche Gutachten von Privatleuten angegangen, von ihm selbst als „Admiralitäts-Responsa“ bezeichnet, die mit den kaufmännischen *Pareres* vergleichbar sind, nur dass sie von dem gesamten Gericht stammten. Anders war es, dass die Anfragen von anderen Spruchkörpern im Nord- und Ostseeraum kamen. Die erteilten Gutachten waren *responsa iuris* und beeinflussten unmittelbar die Rechtsprechung dieser Gerichte. Die dazu nötige Aktenversendung nach Hamburg hatte die gleiche Funktion wie die an die Juristenfakultäten, wobei bemerkenswert ist, dass es sich hier um ein erstinstanzliches Gericht handelte¹⁰⁹.

Obwohl Hamburg mit Konfliktlösungsmechanismen gut ausgestattet war, gab es unter den Kaufleuten nach wie vor das Bedürfnis, ihre Interessen zu artikulieren, auch bei diesen Lösungen mitzuwirken oder solche tunlichst zu vermeiden. Sie fühlten sich weder durch die alten Gesellschaften der England-, Schonen- und Bergenfahrer, noch durch die Börsenalten ausreichend vertreten, und das Admiralitätsgericht war ein Kollegium, in dem der Einfluss des Rats und der Juristen bestimmend war. So trat bereits 1665 ein von den „zur See handelnden Kaufleuten“ (die mit dem „Ehrbaren Kaufmann“ identifiziert werden)¹¹⁰ gewähltes Kollegium von sechs Kaufleuten aus ihrer Mitte und einem Schifferalten zusammen, das sich als Commerzdeputation bezeichnete¹¹¹, um sich um alles, „was dem commercio nützt“, zu kümmern und mit dem Rat zusammenzuarbeiten, möglicherweise nach einem Amsterdamer Vorbild. Nachdem sie zunächst die Mängel des Convoiwesens gerügt hatte und damit die Admiralität, bewirkte die Commerzdeputation unter anderem im Versicherungswesen Verbesserungen der Versicherungsbedingungen und der Assekuranzordnung, versuchte dort schiedsrichterliche Streitbelegungen zu fördern und trug insoweit zur Konfliktvermeidung und -lösung bei. In einem Assekuranzprozess wurden die Deputierten als Untersuchungsrichter eingesetzt. Zum Programm der Deputation gehörte auch die immer wieder vorgebrachte Bitte, ein Handelsgericht zu errichten¹¹². Sie hatte jedoch damit ebenso

¹⁰⁶ Frentz, Admiralitätsgericht (Fn. 73) 130, 132 ff.

¹⁰⁷ Frentz, Seerechtsentwicklung (Fn. 104) 152 ff.

¹⁰⁸ Frentz, Seerechtsentwicklung (Fn. 104) 141 ff.

¹⁰⁹ Frentz, Seerechtsentwicklung (Fn. 104) 133 ff.

¹¹⁰ Baasch, Handelskammer (Fn. 77) 2.

¹¹¹ Baasch, Handelskammer (Fn. 77) 1 ff., Die Gründung der Commerzdeputation und ihr erster Kampf um ihre Existenz.

¹¹² Baasch, Handelskammer (Fn. 77) 203 ff.

wenig Erfolg wie Frankreich, das in Verhandlungen mit Hamburg den gleichen Wunsch geäußert hatte, denn der Rat stellte sich auf den Standpunkt, die bestehenden Schiedsgerichte machten eine solche Einrichtung entbehrlich; im Übrigen gebe es in Hamburg genug Gerichte. Es beweist nicht nur die damalige Wertschätzung der *Pareres*, sondern auch das Ansehen der Hamburgischen Commerzdeputation, dass auch diese schon bald nach ihrer Entstehung um Gutachten angegangen wurde, sogar durch Vermittlung des Rats oder durch einzelne Ratsherren¹¹³. Anfragen kamen auch häufig von außerhalb. Da die Deputation eine gutachterliche Tätigkeit nicht als ihre Aufgabe betrachtete, lehnte sie häufig ab, Gutachten zu erstellen. Ein Argument war, sie könnte sich nur im Hinblick auf das in Hamburg geltende örtliche und gemeine Recht äußern.

IV

Nachdem im Rahmen einer Übersicht über die frühneuzeitlichen deutschen Formen der Konfliktlösung im Handels- und Seerecht die Nürnberger und Hamburger Verhältnisse etwas ausführlicher dargestellt worden sind, darf ein Blick auf Leipzig nicht fehlen¹¹⁴, nicht nur deshalb, weil es sich hier um einen bedeutenden Handelsplatz handelt, zu dessen Messen jährlich Tausende von Besuchern kamen, sondern auch, weil dort 1682, also noch vor Nürnberg, das erste Handelsgericht in Deutschland errichtet wurde. Leipzig ist außerdem deshalb interessant, weil es, anders als Nürnberg und Hamburg, keine Reichsstadt, sondern eine landesuntertänige kursächsische Stadt war, in der andere Machtverhältnisse galten. Als Messeort war die Stadt Schauplatz einer besonderen Handelsform, des auf bestimmte Termine beschränkten, aber damit umfangreichen Warenumsatzes – in Leipzig waren es drei Jahrmärkte. Die Stadt war eine der wichtigsten Knotenpunkte europäischer Handelswege, von Venedig über den Brennerpass, von Ungarn und Polen nach Nord- und Westeuropa, und sie scheint schon früh über ein Marktrecht verfügt zu haben. Die um 1160 zu datierende Stadtrechtsverleihung kennt nicht nur eine vorhandene *conventio fori*, sondern bestätigt ein summarisches Verfahren gegen säumige Schuldner¹¹⁵. Durch ein späteres Privileg werden auswärtige Kaufleute, die sich in Leipzig aufhalten, von der damals verbreiteten Gesamthaftung für Schulden von Landsleuten befreit. Seit dem Ende des 15. Jh. wurden die Leipziger Jahrmärkte immer wieder durch kaiserliche Privilegien bestätigt und erneuert und gegen die Versuche anderer Städte, den Marktvorteil Leipzigs zu übernehmen, geschützt.

¹¹³ *Baasch*, Handelskammer (Fn. 77) 645 ff.

¹¹⁴ Mehr als ein Blick ist für die Zeit vor 1682 im vorliegenden Rahmen auch nicht möglich; hier gibt es keine Vorarbeiten (die allerdings angesichts der Quellenlage längst überfällig sind).

¹¹⁵ Abgedruckt in: Die Privilegien der Leipziger Reichsmessen, Leipzig 1941, 13 ff., dort auch die im Text erwähnten weiteren Privilegien.

Oberster Spruchkörper der Stadt war, wie auch sonst, grundsätzlich der Rat und im Stadtgericht waren die Schöffen die Urteiler, die daneben Rechtsbelehrungen auf auswärtige Anfragen erteilten, als Sprüche des „Schöffenstuhls“ berühmt geworden. Wie auch andere Stadtgerichte und Schöffenstühle entschieden sie auch über handelsrechtliche Fragen¹¹⁶. Der Leipziger Schöffenstuhl hat für unser Thema wichtige Positionen vertreten, so, dass Schiedsgerichte zulässig sind und dass Schöffen zu Schiedsrichtern gewählt werden dürfen. Schiedsgericht konnte auch der Rat sein¹¹⁷. Im Übrigen war die Gerichtsverfassung die übliche, in Dresden gab es ein Appellationsgericht und als höchste territoriale Instanz das Oberhofgericht in Leipzig. Wie schon erwähnt, war der sächsische Prozess für den Rechtsstreit unter Kaufleuten ungleich günstiger als der römisch-kanonische. Leipzig gehörte zu den Orten, an denen auf der Grundlage des mittelalterlichen autochthonen mündlichen Prozesses ein auf Prozesskonzentration gerichtetes Konzept von sächsischen Juristen entwickelt wurde¹¹⁸. Zu ihnen gehörte insbesondere der auch in Leipzig wirkende Benedikt Carpzov. Die 1622 erlassene kur-sächsische Prozess- und Gerichtsordnung für die Ober- und Untergerichte¹¹⁹ wurde zur zentralen und detaillierten Kodifikation des sächsischen Prozesses. Auch nach diesem Gesetz soll jeder Richter versuchen, einen Kompromiss zu erreichen¹²⁰.

Für die Bedürfnisse einer Messe scheint alles aber nicht ausgereicht zu haben. Als die Prozess- und Gerichtsordnung erlassen wurde, war bereits der Dreißigjährige Krieg ausgebrochen, der, ebenso wie die Münzverschlechterung, der man nicht Herr wurde, Leipzig schwer getroffen hatte. Die Finanzen der Stadt waren derart zerrüttet, dass sie der Kurfürst 1627 unter staatliche Zwangsverwaltung stellen ließ, und Ende 1680 brach auch noch die Pest aus. Den Grund für den sich abzeichnenden Zusammenbruch des Messegeschäfts sahen die Leipziger Kaufleute allerdings woanders. Sie riefen den Kurfürsten um Hilfe an und baten um Einsetzung einer Kommission, die die von ihnen gemachten Verbesserungsvorschläge prüfen sollte¹²¹. Sie beklagten, dass wegen der Dauer der Prozesse, die auf einen Missbrauch des Rechts zurückzuführen seien, viele nichts mehr auf Kommission nach Leipzig verkauften, d. h. Waren mit Verkaufsauftrag versandten. Die Kaufmannssachen, die *celerrimae expeditionis* und *summarie* sowie *ex bono et aequo* zu behandeln seien, machten ein besonderes Kaufmannsgericht nötig, das es schon in vielen Städten gäbe. Diese werden dann aufgezählt, von Paris über Genua bis nach Breslau. Für die Reihenfolge der Aufzählung sowie die zuvor angeführ-

¹¹⁶ Ein Beispiel bei *Hermann Wasserschleben* (Hrsg.), Sammlung deutscher Rechtsquellen 1 (Gießen 1860) 251 (Kap. CXII).

¹¹⁷ Vgl. *Krause*, Entwicklung (Fn. 53) 31 f.

¹¹⁸ Ein Überblick bei *Wolfgang Sellert*, Art. Prozeß, sächsischer, in: HRG IV (Berlin 1990) 36–39.

¹¹⁹ Abdrucke bei *Gehrke*, Bibliographie (Fn. 31) 418.

¹²⁰ *Krause*, Entwicklung (Fn. 53) 67.

¹²¹ Zur Entstehung des Leipziger Handelsgerichts immer noch maßgeblich *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 122 ff.; vgl. auch *Gerhard Buchda*, Art. Leipzig, in: HRG II (Berlin 1978) 1838 ff.

ten Verfahrensprinzipien existierte ein Muster: Sie sind dem knapp zwei Jahrzehnte zuvor erschienen Werk von Johann Marquard entnommen, ein weiterer Beweis für die Wertschätzung der zeitgenössischen Juristen durch die Kaufmannschaft. Das Kaufmannsgericht soll neben zwei sachkundigen Ratsmitgliedern mit vier ausgewählten Kaufleuten besetzt werden, denen auswärtige Kaufleute als Beisitzer zugesellt werden¹²². Der Rat, der sich in seinen verfassungsmäßigen Rechten beeinträchtigt fühlte, leistete von Anfang an Widerstand. Dem setzte man den Hinweis auf das unanfechtbare Recht der Kaufleute, auf Verbesserung zu dringen, entgegen. Anders als in Nürnberg, wo schließlich der Rat in später Einsicht seinen Widerstand gegen die Reformen aufgegeben hatte, musste hier eine höhere Macht eingreifen: Der Kurfürst erließ am 21. Dezember 1682 die Neue Handels-Gerichts-Ordnung¹²³, in der dem Rat der Stadt Leipzig aufgetragen wird, ein beständiges, von den Stadtgerichten unterschiedenes Gericht zu errichten, bei dem allein die Handels- und dazu gehörigen Sachen zu verhandeln wären, und mit vier Deputierten, sowohl Kaufleuten als auch Juristen, zu besetzen. Von den Parteien muss zumindest der Beklagte stets ein Kaufmann sein, auch ein durchreisender oder in Leipzig vertreter, oder der dort Vermögen besitzt. Anwälte werden nur nach Überprüfung zugelassen. Das Verfahren ist ein summarisches (kurze Ladungsfristen, Beschränkung der Einreden, Sanktionen bei Nichterscheinen vor Gericht, Zulässigkeit der Berufung nur bei Mindeststreitwert). Zum Prinzip des Summarischen und den richterlichen Pflichten gehört nach der Handelsgerichtsordnung insbesondere, in Abwesenheit der Advokaten die Parteien zu versöhnen und, wenn dies misslingt, schleunigst zu entscheiden. Bei schwierigen Rechtsfragen soll der Schöffenstein befragt werden. Das Gesetz, das mehrere vollstreckungs- und konkursrechtliche Fragen, auch solche des materiellen Handelsrechts, regelte, und das mehrfach verbessert wurde, ist eine der inhaltsreichsten handelsrechtlichen Kodifikationen der frühen Neuzeit in deutscher Sprache, die auch die Tendenz der damaligen Fachliteratur wiedergibt. Die Veränderungen gegenüber dem ordentlichen sächsischen Zivilprozess sind von der zeitgenössischen Rechtswissenschaft dargestellt worden¹²⁴. Es ist nicht nur von Zeitgenossen gelobt, sondern gegen Ende des 18. Jahrhunderts ausführlich kommentiert worden¹²⁵. Soweit ersichtlich, ist die Rechtsprechung dieses Gerichts noch nicht erschlossen. Die Leipziger Messe, deren Gefährdung zur Errichtung des Handelsgerichts geführt hatte, erlebte jedenfalls im 18. Jh. wie andere Außenhandelsmessen eine neue Blüte.

¹²² *Silberschmidt*, Entstehung (Fn. 1) 126f.

¹²³ Hierzu mit Fundstellen *Lammel*, Gesetzgebung (Fn. 4) 696. Bei Lammel auch eine kurze Inhaltsangabe.

¹²⁴ *Karl August Richter*, Dissertatio inauguralis de differentiis inter processum ordinarium et illum sic dictum summarium in judicio mercatorum Lipsiensi usitatum Praes. Conrad Wilhelm Strecker (Erfurt 1733).

¹²⁵ *Karl Gottlob Rössig*, Kurze systematische Darstellung der Leipziger Handelsgerichtsordnung (Leipzig 1796); hierzu *Scherner*, Wissenschaft (Fn. 6) 962f.

Abstract

The picture in the three cities of Nuremberg, Hamburg and Leipzig differs, but shows clear common traits. In all three cities exists a coexistence of various forms of conflict resolution. The ordinary civil courts, i.e. primarily the town- or lower courts, have, as was the general rule since the middle ages, jurisdiction over all citizens, and therefore also over commercial matters. This is true for arbitration courts as well. Within these, there are special rules which favor especially the merchants and which as well stand in a tradition of medieval institutions. By pre-posing obligatory conciliatory proceedings the importance of arbitration was even strengthened. Here as well there were special procedures for merchants. A specialized jurisdiction, following e.g. the model of the Mediterranean Consular Jurisdiction, did not exist at first, and it would have been out of place. Changes took place in all three cities since the beginning of the 17th c. in consequence of crises in which on one hand the merchants demanded specialized courts and on the other hand the administration had accepted their help. In each case the result was the erection of a new type of commercial court, with a mixed council of both merchants and lawyers acting as judges. In the process, the relative weight of the jurists increased, because the common sense clearly demanded professionalism. An additional, not yet examined way of resolving and possibly already avoiding conflicts was the use of commercial expert opinions in mercantile matters, e.g. the Nuremberg “Marktvorsteher” (literally: “market presidents”).

Résumé

Le tableau dans les trois villes est très différent, mais présente néanmoins des traits communs.

Dans les trois villes, différents modes de résolution des conflits coexistent. Les tribunaux civils ordinaires, en premier lieu les tribunaux de la ville ou de basse justice sont en principe accessibles à tous les citoyens de la ville et de ce fait compétents pour trancher les questions commerciales. La même chose vaut pour les tribunaux d'arbitrage. On peut toutefois y appliquer des règles spécifiques, adaptées en particulier aux marchands et qui peuvent apparaître comme une transposition de modèles médiévaux.

Le recours à l'arbitrage a été renforcé par l'introduction d'une procédure obligatoire de conciliation. Là-encore, on peut observer des procédures spécifiques aux marchands. Une juridiction marchande spécifique, organisée sur le modèle des tribunaux consulaires méditerranéens, n'existait toutefois pas et aurait d'ailleurs été perçue comme un corps étranger.

Il faut attendre le début du 17^{ème} siècle pour que des changements interviennent dans les trois villes. Ils sont la conséquence des crises au cours desquelles les commerçants ont émis des revendications et les administrations ont toléré ou suscité

l'aide des marchands. Le résultat fut à chaque fois la création de nouvelles formes de juridictions commerciales dans lesquelles siégeaient des marchands et des juristes. Tout d'abord, la place des juristes n'y était pas dominante, mais, selon un *common sense* de plus en plus, une aptitude professionnelle était à présent nécessaire. Une autre voie de résolution amiable, et visant probablement aussi à éviter les conflits fut le recours à des experts pour régler les questions relatives au droit commercial, comme par exemple les *Marktvorsteher* de Nuremberg.